

Politische Eliten, Wahlverhalten und Sozialstruktur: theoretische Aspekte historisch und interkulturell vergleichender Analysen

Best, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Best, H. (1989). Politische Eliten, Wahlverhalten und Sozialstruktur: theoretische Aspekte historisch und interkulturell vergleichender Analysen. In H. Best (Hrsg.), *Politik und Milieu: Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich* (S. 3-18). Sankt Katharinen: Scripta Mercaturae Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-338025>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

“Soziale Strukturen, Typen und Verhaltensweisen sind Münzen, die nicht leicht schmelzen. Sind sie einmal geprägt, so überdauern sie möglicherweise Jahrhunderte, und da verschiedene Strukturen und Typen verschiedene Grade dieser Lebensfähigkeit aufweisen, finden wir beinahe immer, daß das tatsächliche Verhalten der Gruppen und Nationen mehr oder weniger von dem abweicht, was wir erwarten müßten, wenn wir versuchten, es von den vorherrschenden Formen des produktiven Prozesses abzuleiten”

Joseph Schumpeter,
Kapitalismus, Sozialismus
und Demokratie

**Politische Eliten, Wahlverhalten und Sozialstruktur:
theoretische Aspekte
historisch und interkulturell vergleichender Analysen**

Heinrich Best

I

Die in diesem Band zusammengestellten Beiträge verbindet die Frage nach den Formen, in denen sich der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und politischen Konflikten historisch in verschiedenen europäischen Gesellschaften ausprägte. Mit diesem Thema bewegen wir uns auf einem vielfach bearbeiteten Feld, im Rahmen einer Forschungstradition, die sich gradlinig bis zu den Gründervätern einer historisch-politischen Soziologie zurückverfolgen läßt. Schon vor mehr als zwanzig Jahren bezeichneten Seymour Lipset und Stein Rokkan die Untersuchung der formativen Phasen der heutigen Parteiensysteme als eine vordringliche Aufgabe ¹⁾. Doch erst in den vergangenen Jahren wurde ihr Programm einer intertemporal-interkulturell vergleichbaren Erforschung der Genese und des

1) “To understand the current alignments of voters it is not enough to analyse the contemporary issues and the contemporary social structure; it is even more important to go back to the initial formation of party alternatives and to analyse the interaction between the historically established foci of identification and the subsequent changes in the structural conditions of choice.” Seymour Martin L i p s e t u. Stein R o k k a n, “Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments”, in: dies. (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments (New York 1967), S. 54.

Wandels der politischen Konfliktstrukturen in West- und Mitteleuropa empirisch eingelöst.

So ist es für den "Fall" Deutschland erst heute möglich, von der Reichsgründung bis in die Gegenwart der Bundesrepublik das Wahlverhalten von Großgruppen und die Struktur politischer Eliten auf verschiedenen Systemebenen im zeitlichen Zusammenhang empirisch zu verfolgen. Moderne Verfahren der Datenanalyse ermöglichen es erstmals, die Barrieren des "ökologischen Fehlschusses" zu überwinden und den Anschluß an die Befunde der auf Umfragen beruhenden Wahlsoziologie der Gegenwart zu gewinnen; aus der Synopse der Ergebnisse von Wahl- und Elitenstudien läßt sich nun das Verhältnis zwischen dem Integrationsbedarf der in Parteiensystemen "geronnenen" Konfliktstrukturen und dem Integrationsvermögen der politischen Führungsgruppen neu bestimmen; auf lokale und regionale Räume begrenzte Einzelstudien machten die sozialen und institutionellen Mechanismen transparent, die sozialkulturelle Disparitäten und Konflikte in politische Loyalitäten übersetzten und deren verblüffende Bindekraft über die Zäsuren von Regimewechseln und tiefgreifendem gesellschaftlichen Wandel hinweg bewirken; zugleich eröffnen sich Perspektiven für interkulturelle Vergleiche, denn auch im übrigen Westeuropa bilden Wahlen und politische Eliten Hauptfelder der historischen Sozialforschung; die Ergebnisse nationaler Forschungen wachsen allmählich zu einem umfassenden Bild zusammen, auf dem sich interkulturell verallgemeinerbare Regelmäßigkeiten neben kulturellen Besonderheiten entdecken lassen.

Diese Skizze der Forschungsentwicklung umreißt zugleich das Programm des vorliegenden Sammelbandes, der die Beiträge und die Schlußdiskussion einer Arbeitstagung des Zentrums für Historische Sozialforschung vom November 1987 dokumentiert 2). Er gibt eine Bestandsaufnahme neuer Ergebnisse der quantifizierenden wahl- und elitenhistorischen Forschung auf der Basis von Massendaten. Dabei wird der zeitliche Anschluß an die Arbeiten der gegenwartsorientierten Soziologie und Politikwissenschaft hergestellt. Das ist auch von methodischem Interesse, denn erst seit dem Beginn der Umfrageforschung verfügt die Wahlsoziologie über Individualdaten - wenn man von den wenigen überlieferten Listen öffentlicher Wahlakte absieht 3). Für die Wahlgeschichte wird es so möglich, die Ansätze und Ergebnisse einer Analyse von Aggregatdaten (auf der Ebene regionaler Einheiten) mit der von Individualdaten zu vergleichen. Wichtiger noch ist der theoretische und empirische Zusammenhang: Die Parteineigungen von Wählern werden mit traditionellen Gruppenbindungen erklärt, die in eine tiefe Vergangenheit zurückreichen. Hier wirkt Geschichte in unsere

2) Zum Verlauf der Tagung vgl. Heinrich Best, "Sozialstruktur und politische Konflikte in Deutschland. Perspektiven einer Analyse von Massendaten der historischen Eliten- und Wahlforschung", in: Politische Vierteljahresschrift, 29 (1988), S. 469 - 473.

3) Jürgen Elklit, "Open Voting in Prussia and Denmark, or: The Complexity of Comparison. Some Post-Rokkanian Reflections", in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung, 35 (1985), S. 2 - 18.

Gegenwart, die Mechanismen, die dieses Überdauern über die Zäsuren von Regierungswechseln und tiefgreifendem sozialem Wandel bewirken, bedürfen der Aufklärung. Auf einem historischen Hintergrund läßt sich auch die These mit größerer Tiefenschärfe versehen, daß die in den letzten Jahren zunehmende Fluktuation des Wählerverhaltens auf abnehmende Gruppenbindungen an bestimmte politische Parteien und diese wiederum auf eine Pluralisierung von Lebenswelten zurückzuführen seien 4). Den Endpunkt des Berichtszeitraums bildet deshalb die Gegenwart, seinen Anfang markiert die Phase der Reichsgründung, in der der Nationalstaat zum Handlungsfeld deutscher Politik wurde und mit dem allgemeinen Wahlrecht die Formen der Massendemokratie etabliert wurden. Erst nach dieser historischen Zäsur konnten sich jene institutionellen Strukturen und politischen Loyalitäten dauerhaft ausprägen, über die in den folgenden Beiträgen berichtet wird.

Obwohl ein traditioneller Honoratiorenparlamentarismus, der seinen Rückhalt in lokalen Machtstrukturen hatte, eine beachtliche Überlebenskraft besaß, obwohl andererseits die Anfänge der politischen Mobilisierung gesellschaftlicher Großgruppen weit in die Zeit vor der Erweiterung der Partizipationsrechte zurückreichen, bildeten sich erst nach den Ausweitungen des Wahlrechts im 19. Jahrhundert Parteiensysteme, die als ein politischer Ausdruck gesellschaftlicher Spaltungen und Spannungslinien gelten können 5). Dieser Zusammenhang wurde bereits von den zeitgenössischen Beobachtern als eine Herausforderung, ja Bedrohung, für repräsentative Demokratien empfunden - die damaligen Wahlrechtsdebatten zeugen davon. Wie ist in einer in selbstgenügsame oder gar verfeindete Gemeinschaften gespaltenen Gesellschaft eine auf der Beteiligung der Bürger beruhende politische Ordnung möglich, deren Etablierung und gewaltfreies Funktionieren doch Kooperation und einen Fundus gemeinsamer Normen voraussetzen? Diese Frage stellt sich, seit die Berechtigung zur Beteiligung an der Politik nicht mehr auf kleine ständische Gruppen oder die Privilegierten von Bildung und Besitz beschränkt war - in West- und Mitteleuropa zum erstenmal mit der vorübergehenden Einführung des allgemeinen Wahlrechts nach der Revolution von 1848. Karl Marx, der als erster in seinen Schriften über die Zweite Republik in Frankreich einen systematischen Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Interessen und politischen Konflikten hergestellt hatte, gab auf sie eine negative Antwort: Den 18. Brumaire des Louis-Napoléon Bonaparte, der die Restauration des Zweiten Empire einleitete, beschrieb er als die zwangsläufige Folge der Unfähigkeit der verschiedenen Fraktionen der "Bourgeoisie",

4) Vgl. u.a. Jens A l b e r , "Modernisierung, neue Spannungslinien und die politischen Chancen der Grünen", in: Politische Vierteljahresschrift, 26 (1985), S. 211 - 226.

5) Vgl. u.a. Gerhard R i t t e r , Die deutschen Parteien 1830 - 1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem (Göttingen 1985). Vgl. auch Heinrich B e s t , Politische Modernisierung und parlamentarische Führungsgruppen in Deutschland 1867 - 1918, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung, 45 (1988), S. 5 - 74.

ihre Konflikte zu mediatisieren und eine Klassenherrschaft in den politischen Formen einer repräsentativen Demokratie zu errichten 6). Doch hat die weitere historische Entwicklung erwiesen, daß die an diesen Analysen anknüpfenden Verallgemeinerungen unzulässig waren. Selbst in Gesellschaften, die durch tiefe soziokulturelle Spaltungen gekennzeichnet waren, gelang es, parlamentarische Regime mit allgemeinem Wahlrecht auf Dauer zu etablieren. Heute gelten repräsentative Demokratien sogar als besonders stabile politische Ordnungen. Das ist der Fall, obwohl Karl Marx eine weitere Komplikation, die ebenfalls während der Jahre 1848/49 zum erstenmal massenpolitisch bedeutsam wurde, äußerstenfalls als "faden Dunst in der wirklichen Lebensluft der Gesellschaft" 7) wahrgenommen hatte: den Konfessionenkonflikt, der in religiös gespaltenen Gesellschaften den zweiten Kristallisationskern für die Formierung politischer Konfliktgruppen bildet. Berücksichtigt man auch den Gegensatz zwischen säkularen und kirchlichen Orientierungen, wurde Religion, nicht Klasse, die wichtigste soziale Grundlage der Parteienbildungen in den westlichen Demokratien 8).

Die Wahlrechtserweiterungen der Jahre 1848/49 blieben Episode, erst das zweite Drittel des 19. Jahrhunderts ist ein Ansatzpunkt für eine kontinuierliche Längsschnittanalyse, bei der sich zugleich Perspektiven für interkulturelle Vergleiche eröffnen: es vollzogen sich zeitparallel zur Reichsgründung die Vollendung des italienischen Nationalstaats, die Ablösung des plebiszitären Cäsarismus Napoléons III. durch die Dritte Republik und die erste große Erweiterung des Stimmrechtes in Großbritannien. Italien und Großbritannien konnten als verwandte und kontrastierende Kontexte zum Fall Deutschland in diesem Band berücksichtigt werden 9): Italien als zweite "Spätkommer-Nation", in der vor dem Ersten Weltkrieg das Parlament eine weitaus bedeutsamere Rolle spielte als im Deutschen Reich - insofern also ein Fall europäischer "Normalität", der dennoch in eine faschistische Machtergreifung mündete -, Großbritannien als saturierter Großstaat und Beispiel für eine evolutionäre Entwicklung zu Parlamentarismus und Massendemokratie. Darüber hinaus wurden drei kleinere europäische Staaten einbezogen: die Niederlande als Fall der Integration einer von Klassen- und Konfessionsspaltungen geprägten Konfliktstruktur durch die Mechanismen der Kon-

6) (Berlin 1965, zuerst 1852), vgl. auch ders. "Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850", in: Karl M a r x und Friedrich E n g e l s, Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Bd. 2 (Frankfurt 1970), S. 8 - 125.

7) "Zur Judenfrage", in: Karl Marx u. Friedrich Engels, Werke, Bd. 1 (Berlin 1974), S. 372.

8) Richard R o s e u. Derek U r w i n, "Social Cohesion, Political Parties and Strains in Regimes", in: Mattei D o g a n and Richard R o s e (Hrsg.), European Politics: A Reader, (London 1971), S. 220; Gordon S m i t h, Politics in Western Europe (London 1983), S. 18 - 26.

9) Der ebenfalls vorgesehene Beitrag über Frankreich mußte wegen einer kurzfristigen Absage des Autors entfallen.

kordanzdemokratie, Dänemark als Beispiel für eine "unidimensionale" Spaltung entlang sozioökonomischer Konfliktlinien, Österreich in den beginnenden dreißiger Jahren als Beispiel für eine sozialkulturell gesplante Gesellschaft, der es nicht gelang, eine repräsentative Demokratie zu stabilisieren.

II

Dieser Sammelband orientiert sich an einer Theorietradition und dokumentiert eine Forschungsrichtung, deren Schlüsselbegriffe "Spannungslinien" (Cleavages) und "Milieus" sind. Das ist allerdings in einem sehr weiten Sinne zu verstehen, denn es bestand nicht die Absicht, jeden einzelnen Beitrag auf das Prokustesbett eines einheitlichen Theorierahmens zu spannen - das wäre allein wegen ihrer unterschiedlichen disziplinären Herkunft ein unfreundlicher Akt gegenüber den Autoren gewesen. So ist der theoretisch interessierte Leser gelegentlich veranlaßt, Befunde und Deutungen in abstrakte Kategorien zu "übersetzen", andererseits kann er aber auch Entdeckungen machen - etwa was die Wirkung von Wahlrechtsbestimmungen angeht, die in sozialwissenschaftlich inspirierten Untersuchungen typisch unterbelichtet bleiben.

Selten hat ein sozialhistorisches Deutungsmuster ein ähnlich intensives Nachleben in der Forschung gehabt wie das vor rund 20 Jahren (1966) von M. Rainer Lepsius formulierte und zunächst an abgelegener Stelle veröffentlichte Konzept der "sozialmoralischen Milieus" 10). Lepsius faßte unter diese Bezeichnung "soziale Einheiten, die durch die Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen gebildet werden." Mit der Einbeziehung kultureller und regionaler Disparitäten verließ er eingefahrenen Bahnen einer einseitig auf ökonomische Ungleichheit fokussierten Klassenanalyse, vor allem aber - dies war der entscheidende Beitrag - schien das Konzept der sozialmoralischen Milieus den Schlüssel zum Verständnis für eine behauptete Sonderstellung Deutschlands in der Geschichte der Demokratisierung und Industrialisierung zu bieten, die sich in einer ungewöhnlich lange dauernden Verspätung der Demokratisierung gegenüber der Industrialisierung manifestiert habe. Als das strukturprägende und - auch auf der Ebene der politischen Eliten - handlungsbestimmende Charakteristikum des deutschen Parteiensystems bis in die Auflösungsphase der Weimarer Republik erkannte Lepsius die enge Verbindung der Parteien mit geschlossenen Sozialmilieus: "Die Parteien waren die politischen Aktionsausschüsse dieser in sich höchst komplex strukturierten sozialmoralischen Milieus, richteten sich auf ihre Erhaltung und blieben auch in ihrer politischen Aktivität den Interessen ihrer Milieus ver-

10) "Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung in Deutschland", in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918 (Köln 1973), S. 68.

fangen 11).“ Eine solche Konstellation habe mehr der Aufrechterhaltung der Autonomie der Milieus als ihrer Integration in die Gesamtgesellschaft gedient. In einem zirkulären Prozeß habe sich der Aktionsbereich der politischen Eliten auf die reine Milieurepräsentation verengt, während andererseits die nicht oder nicht mehr repräsentierten Bevölkerungsteile politisch heimatlos wurden.

Die Überzeugungskraft des Konzepts der sozialmoralischen Milieus liegt nicht zuletzt darin, daß es eine einheitliche soziologische Erklärung für die beiden Kernprobleme der deutschen Demokratiegeschichte anbietet: zum einen die ausgebliebene Demokratisierung des Kaiserreichs, die der Spaltung des Elektorats und der politischen Eliten in verfeindete und sozial segregierte politische Lager zugeschrieben wird, zum anderen die tödliche Krise der Demokratie der Weimarer Republik, die mit der mangelnden Integrationskraft des aus dem Kaiserreich übernommenen Milieuparlamentarismus und der Absorption der nicht (mehr) milieugebundenen Wähler durch eine radikale Sammlungsbewegung erklärt wird 12).

Lepsius' Modell gewann auch dadurch an Wirkung, daß es sich auf die allgemeineren Formulierungen führender politischer Soziologen der USA, namentlich S. Martin Lipset und Theodore H. Marshall berufen konnte. In deren theoretischen Entwürfen wurde die Entstehung und Entwicklung von Parteiensystemen ebenfalls als Ausdruck vopolitischer sozialer Konstellationen erkannt, als ein Reflex konstitutiver Konflikte innerhalb einer Gesellschaft 13). Historisch bildeten materielle Interessen, kulturelle Identitäten, regionale und ethnische Disparitäten Ansatzpunkte für die Formierung von politischen Konfliktgruppen. Der Schlüsselbegriff ist "Cleavage", ein dauerhafter politischer Konflikt, der in der Sozialstruktur verankert ist und im Parteiensystem seinen Ausdruck gefunden hat 14). In einer Situation vor der Formierung organisierter Massenparteien ist wohl Arthur Stinchcombes Fassung dieser Definition angemessener, in der Cleavages als dauerhafte Koalitionen aufgefaßt werden, die Eliten mit Interessengruppen eingehen 15). Stein Rokkan hat dann dieses Konzept zu einem gleichermaßen umfassenden und differenzierten Raster für die Beschreibung

11) Ebd., S. 67. Lepsius' Definition von "Milieu" ähnelt Jean Blondels Begriff des "Sektionalismus", der eine Struktur bezeichnet, in der ein Bündel sozialer und kultureller Eigenschaften mit einer Hauptvariablen korreliert ist - bei Blondel, der die britische Situation beschreibt, ist dies die Klassenlage. Jean Blondel, *Voters Parties and Leaders. The Social Fabric of British Politics* (2. Aufl, London 1979). Milieu im Sinne von "Umwelt" in territorialen Einheiten ist kein konstitutiver Bestandteil von Lepsius' Definition.

12) M. R. Lepsius, *Parteiensystem*, S. 68.

13) Vgl. u.a. Theodore H. Marshall, *Class, Citizenship and Social Development* (New York 1964), S. 76 - 80.

14) Franz Urban Pappi, "Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierung und Wahlabsicht", in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18 (1977), S. 195.

15) Arthur Stinchcombe, "Social Structure and Politics", in: Fred I. Greenstein u. Nelson W. Polsby (Hrsg.), *Handbook of Political Science*, Bd. 3: *Macropolitical Theory* (Reading u.a. 1975), S. 574.

und Erklärung der Unterschiede der Parteiensysteme in West- und Mitteleuropa ausgeweitet. Unter Verwendung von T. Parson's A-G-I-L-Schema ordnete er die grundlegenden Konfliktdimensionen in einem Koordinatensystem von zwei sich kreuzenden "Fronten politischer Aggregation" 16). Es entfaltet sich in einer "territorialen Dimension", auf der zum Beispiel Konflikte zu lokalisieren sind, die sich aus den abwehrenden Reaktionen gegen zentralisierende und nivellierende Tendenzen während der Formierung des Nationalstaates ergeben. Diese "territoriale Dimension" wird gekreuzt durch eine "funktionale Dimension" der Konfliktstruktur, auf der zum Beispiel die Verteilungskonflikte zwischen ökonomischen Interessengruppen zu lokalisieren sind. Beide Dimensionen nationaler Konfliktstrukturen sind Kontinua: historische Konflikte sind nur selten auf den Endpunkten der beiden Achsen zu lokalisieren.

Die funktionale Achse liegt quer zu der territorialen Achse, so daß "funktionale" Konflikte Allianzen zwischen Gruppen und Individuen in ähnlichen Positionen oder mit ähnlichen Ideologien schaffen, die lokal begründete Solidaritäten untergraben, während umgekehrt territoriale Spaltungen koordiniertes Handeln auf der Basis von Klasseninteressen oder die Bildung von Gesinnungsgemeinschaften behindern. Die Wahrscheinlichkeit der Kreuzung von Spannungslinien wird jedoch dadurch gemindert, daß sie sequentiell aktualisiert wurden. So ordnet Rokkan den Zentrum-Peripheriekonflikt historisch der Reformation und Gegenreformation zu, Konflikte zwischen Kirche und Staat der "nationalen Revolution" in der Phase der Formierung und Konsolidierung von Nationalstaaten, Konflikte zwischen dem primären und sekundären Sektor sowie zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern der "industriellen Revolution". Da aber Spannungslinien über lange Zeiträume hinweg überdauern oder nach Latenz wieder aktualisiert werden können - wie etwa im Fall der territorialen Sezessionsbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts oder der Reemanation des Konfessionenkonflikts im Kulturkampf - ist es nicht auszuschließen, daß sich Spaltungen überlagern und kreuzen können, die gleichen oder unterschiedlichen Fronten politischer Aggregation zugeordnet sind.

Die sich dabei ergebenden Konstellationen sind nun von entscheidender Bedeutung für die Stabilität sozialer Systeme und speziell politischer Ordnungen 17). So kann die Kombination mehrerer Cleavages ein System sich kreuzender oder sich gegenseitig verstärkender Konflikte erzeugen. Im ersten Fall sind die Zugehörigkeiten zu verschiedenen Konfliktgruppen - etwa Klassen

16) Citizens, Elections Parties (Oslo 1970); "Dimensions of State Formation and Nation Building: A Possible Paradigm for Research within Europe", in: Charles Tilly (Hrsg.), The Formation of National States in Western Europe (Princeton/N. J. 1975), S. 562 - 600; Peter F l o r a, Stein Rokkans Makro-Modell der politischen Entwicklung Europas: ein Rekonstruktionsversuch", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 33 (1981), S. 397 - 436.

17) Vgl. u. a. Lewis C o s e r, The Functions of Social Conflict (New York 1956); Ralf D a h r e n d o r f, Class and Class Conflict in Industrial Society (Stanford 1956).

und Ethnien - nicht, im zweiten Fall sind sie hoch korreliert. Pluralismustheorien behaupten nun, daß sich kreuzende Cleavages zu einer abnehmenden Intensität der einzelnen politischen Konflikte und - in der Konsequenz - zu einer erhöhten Integration des politischen Systems führen. Je mehr Spannungslinien und folglich Arenen potentiellen Konflikts in einer Gesellschaft existieren, desto geringer sei die Intensität des einzelnen Konflikts. Die Überschneidung von Konfliktlinien kann dann zu durchaus stabilen Gesamtstrukturen führen 18). Eine Bedingung hierfür ist aber, daß ein konstantes Konfliktmaximum in einer Gesellschaft existiert, in das sich die verschiedenen überschneidenden Cleavages gewissermaßen teilen. Dieses Maximum wird individualsoziologisch mit der Annahme begründet, daß ein Individuum mit sich überlappenden Mitgliedschaften keiner Gruppe gegenüber ungeteilt loyal sein kann. In einer Situation, in der eine Person Mitglied religiöser, ethnischer oder anderer Gruppen und gleichzeitig Angehöriger einer Klasse ist, ohne daß die übrigen Mitgliedschaften durch seine Klassenzugehörigkeit determiniert sind, werde seine Identifikation mit seiner Rolle als Klassenmitglied geringer sein: "Crosscutting cleavages reduce the intensity of societal cleavage at the cost of increasing the inner conflicts of cross-pressured individuals" 19). Umgekehrt werde sich in einer Situation der Rollenkongruenz, wenn etwa eine Klassenlage typisch mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe verknüpft ist, eine Verstärkung gesellschaftlicher Konflikte bei abnehmenden Inter-Rollenkonflikten des Individuums ergeben. Unter diesen Bedingungen wird die Befriedigung gesellschaftlicher Konflikte in einer partizipatorischen politischen Ordnung eher unwahrscheinlich sein.

III

Obwohl auch in West- und Mitteleuropa solche "ungünstigen" Strukturen vielfach beobachtet werden können, deutet aber die Ausprägung von Spannungslinien in stabilen Parteiensystemen darauf hin, daß sich hier bei fortbestehenden Cleavages die Austragung von Konflikten zwischen Interessengruppen, Kultur- und Gesinnungsgemeinschaften in institutionellen, befriedeten Formen vollzieht. Das ist, wenn man die durch Bürgerkriege, Revolutionen und Staatsstriche gekennzeichnete Geschichte der europäischen Politien in der Phase der Entstehung und Verfestigung der Parteiensysteme zwischen der Mitte des 19. und des 20. Jahrhunderts verfolgt, das Ergebnis eines Entwicklungsprozesses.

Der Übergang von gewaltsamen zu friedlichen Formen der Konfliktaustragung hatte auch auf der Ebene der Eliten eine Entsprechung; eine wichtige Theorie-tradition behauptet, daß er von ihr seinen Ausgang genommen hat. Die Befrie-

18) Franz Urban P a p p i, Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik. Individual- und Kontextanalysen der Wahlentscheidung (unveröffentlichte Habilitationsschrift, Köln o.J.), S. 356.

19) David R. S e g a l, Society and Politics. Uniformity and Diversity in Modern Democracy (Glenview u. Brighton 1974), S. 117.

derung der "politisierten Sozialstruktur" in den europäischen Staaten ist Gegenstand der Theorie von der Konkordanz- oder Proporzdemokratie, der "Conso-ciational Democracy" 20). Sie wurde in ihrer allgemeinen Fassung für Gesellschaften formuliert, in denen die Bevölkerung in sozial selbstgenügsame religiöse, ethnische und ideologische Milieus oder Subkulturen segmentiert ist; eine Konfliktstruktur, die neben anderen alle jene Staaten charakterisiert, die auf dem ehemaligen Territorium des Heiligen Römischen Reiches entstanden sind. Der Autonomie der Subkulturen entspricht ihre innere Kohäsion. Jede steht unter der Führung einer spezifischen Elite, deren Verhalten dann den Ausschlag gibt, ob es zu gewaltsamen Konflikten kommt, die den Bestand repräsentativer Institutionen und die territoriale Integrität der Staaten gefährden können 21). Es besteht also eine doppelte Abhängigkeit der Stabilität politischer und speziell repräsentativer Institutionen sowohl von der Ausprägung der gesellschaftlichen Konfliktstruktur wie auch von den Formen des Konfliktverhaltens der Eliten.

Eine wichtige Voraussetzung für den Übergang von gewaltsam-irregulären Formen der Konfliktaustragung zu institutionalisierten und friedlichen Abstimmungsprozessen ist die Autonomie und Handlungsfähigkeit der Teileliten der verschiedenen Milieus: Die Führungsgruppen müssen in "ihren" Gemeinschaften genügend Autorität besitzen, um Kompromisse durchsetzen zu können 22). Eine weitere strukturelle Voraussetzung für die Etablierung einer Konkordanzdemokratie ist ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Subkulturen, das es verhindert, daß eine Konfliktgruppe risikolos eine hegemoniale Stellung anstreben kann. Schließlich mindern klare Grenzen zwischen Subkulturen die Zahl der Konfliktursachen und erleichtern den Eliten ihr Geschäft der Kompromißfindung. Diese Voraussetzung macht deutlich, daß eine Kreuzung von Cleavages, die auf unterschiedliche Fronten politischer Aggregation lokalisiert sind, nicht eo ipso die Stabilität politischer Institutionen fördert, wie das von den Pluralismustheorien behauptet wird. Eine solche Konstellation kann vielmehr auch zu schwerwiegenden Abgrenzungsproblemen führen und auf der Elitenebene Konfliktlagen in einem Maß komplizieren, daß sie die Kompromißfähigkeit der Führungsgruppen überfordern. Man muß hier also zwischen

20) Gerhard L e h m b r u c h, Proporzdemokratie: Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich (Tübingen 1967); Eric S. N o r d l i n g e r, Conflict Regulation in Divided Societies (Cambridge/Mass. 1972); Val R. L o r w i n, "Segmented Pluralism", in: Comparative Politics, 3 (1971), S. 141 - 175; Arend L i j p h a r t, Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration (New Haven and London 1977).

21) Ders., "Typologies of Democratic Systems", in: Comparative Political Studies, 1 (1968), S. 12 - 24.

22) Mattei D o g a n u. Dominique P e l a s s y, How to Compare Nations. Strategies in Comparative Politics (Chatham/N.J. 1984), S. 88f; A. L i j p h a r t, Democracy, S. 53 - 104; Giovanni S a r t o r i, "Anti-Elitism Revisited", in: Government and Opposition, 13 (1978), S. 58 - 80.

den Eliten und der übrigen Bevölkerung unterscheiden: Eine Struktur, die in der Bevölkerung sozialkulturelle Konfliktlagen abfedert, fördert nicht zwangsläufig auch die Kooperationsbereitschaft konkurrierender Führungsgruppen und umgekehrt.

Das Konzept der Konkordanzdemokratie bildet einen Übergang zu neolitistischen Theorien, wie sie jüngst von Lowell D. Field und John Higley formuliert wurden 23). Danach hängt es ausschließlich von der Elitenstruktur ab, ob sich stabile repräsentative Institutionen ausbilden und ob sie überdauern können. Nach diesem Konzept wird die Elitenstruktur an den Anfang eines Kausalzusammenhangs gestellt, der über die Stabilität der politischen Institutionen auch die Ausprägungen der Konfliktstrukturen beeinflusst - was eine Umkehrung der sonst in der historisch-politischen Soziologie konstruierten Beziehungskette bedeutet 24).

IV

Mit dem Hinweis auf Pluralismustheorien und der Skizze des Argumentationsgangs der Konkordanzdemokratie wurden bereits zwei Ansatzpunkte der Kritik an den Konzepten der sozialmoralischen Milieus und der Cleavages angedeutet, die sich nach einer Phase gleichsamer Kanonisierung heute dem Vorwurf ausgesetzt sehen, sie seien "künstlich, irreführend und der Vielfalt lokaler Verhältnisse nicht gerecht werdend 25)." So läßt sich gegen das Milieukonzept der Einwand vorbringen, daß die allgemeine Formulierung von einer "Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen" den sozialwissenschaftlich bedeutsamen Sachverhalt verdeckt, daß in komplexen Gesellschaften Personen gewöhnlich mehreren intermediären Gruppen angehören, die unterschiedliche, ja gegensätzliche Erwartungen an ihre Mitglieder richten. Über Konfigurationen von Gruppenzugehörigkeiten mit unterschiedlich starken und durchsetzbaren Loyalitätsansprüchen wird die Verbindung zwischen Politik und Sozialstruktur hergestellt. Die Rekonstruktion solcher Konstellationen ist empirisch aufwendig und analytisch

23) G. Lowell Field u. John Higley, Eliten und Liberalismus. Ein neues Modell zur geschichtlichen Entwicklung der Abhängigkeit von Eliten und Nicht-Eliten (Opladen 1983); dies., "National Elites and Political Stability", in: Gwen Moore (Hrsg.), *Studies of the Structure of National Elites* (Greenwich u. London 1985), S. 1 - 44.

24) Vgl. Heinrich Best, *Die Männer von Bildung und Besitz. Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich* (Düsseldorf 1989), Kap. 1.

25) So referierend G. A. Ritter, *Parteien*, S. 49. Ritter selbst plädiert für die Beibehaltung eines weiterentwickelten und modifizierten Konzepts des Sozialmilieus (ebd. S. 50, vgl. auch Anm. 67). Zur Kritik am Milieukonzept vgl. u.a. James J. Sheehan, "Klasse und Partei im Kaiserreich. Einige Gedanken zur Sozialgeschichte der deutschen Politik", in: Otto Pflanze unter Mitarb. v. Elisabeth Müller-Luckner (Hrsg.), *Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches* (München u. Wien 1983), S. 21; David Blackburn u. Geoff Eley, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848* (Frankfurt a. M. 1980), S. 20f.

anspruchsvoll. Erst heute stehen die Daten und Methoden zur Verfügung, mit denen auch in Gesellschaften der Vergangenheit Kombinationen von Gruppeneinflüssen analysiert und in ihren politischen Folgen bestimmt werden können.

Zu klären bleibt dann jedoch, welchen Bestand nach solchen Differenzierungen das in seiner ursprünglichen Form doch sehr hermetische Konzept der sozial-moralischen Milieus hat. Selbst für das Deutsche Reich gelingt die Ableitung politischer Konfliktgruppen aus soziokulturellen Spaltungen für verschiedene Parteien ja in unterschiedlich überzeugender Weise: im Fall des Kaiserreichs recht gut für das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Konservativen und die ethnischen Minoritäten, während es schwer fällt, den Liberalen ein spezifisches Milieu zuzuordnen. Doch auch den "Milieuparteien" gelang es nie, ihre Klientel auch nur annähernd vollständig zu mobilisieren. Die verbleibenden Unschärfen - soziokulturelle Konfliktgruppen ohne politische Vertretung, politische Bewegungen ohne soziokulturell klar bestimmbar Anhang - können im Rahmen eines Milieukonzepts nicht erklärt werden. Sie sind jedoch zu groß um vernachlässigt zu werden.

Entsprechende Beobachtungen hat James Sheehan zu einem Argument zugespitzt, das auf den Kern des Konzepts der soziokulturellen Milieus zielt: Während Lepsius die "bemerkenswerte Stabilität und gradlinige Entwicklung des deutschen Parteiensystems bis 1928" zu seinem zentralen Erklärungsgegenstand erhebt, betont Sheehan für das Kaiserreich "die extreme Kurzatmigkeit und Instabilität, an der die auf Massen-Teilhabe ausgerichteten politischen Institutionen aller Art litten 26)." Das ist ein eklatanter Widerspruch, der die Frage provoziert, ob die historische Partizipationsforschung seit zwanzig Jahren etwas zu erklären versucht, das nicht existiert. Doch auch auf diese Frage kann die quantitative historische Sozialforschung Antworten geben, die eine größere Gültigkeit und Reichweite haben, als die von Sheehan zitierten "Belege" aus lokalen Einzelstudien. Doch sollte man zuvor genau spezifizieren, was man unter "Stabilität" und "Instabilität" versteht: die Kontinuität der Parteiorganisationen, die Rekrutierungsmuster politischer Führungsgruppen oder ihre Zirkulationsraten, die Stabilität der Bindungen von Individuen oder gesellschaftlichen Großgruppen an Parteien? In den folgenden Beiträgen werden Stabilität und Instabilität von Parteiensystemen unter allen hier angedeuteten Aspekten behandelt werden.

Auch die Frage, welche Bedeutung Eliten bei der Formierung von Milieus haben und welche Rolle sie bei der politischen Überwindung soziokultureller Spaltungen spielen, wird in den ursprünglichen Formulierungen des Milieukonzepts nur am Rande und unzureichend behandelt. Ähnliches gilt für das Konzept der Cleavages, bei dem die Annahme einer Interaktion zwischen der gesellschaftlichen Konfliktstruktur und dem Konfliktverhalten der Eliten zu der Notwendigkeit führt, seine Statik aufzubrechen und ihm eine Entwicklungsdynamik zu unterlegen.

26) M. R. Lepsius, Parteiensystem, S. 62; J. J. Sheehan, Klasse, S. 21.

Tatächlich zeichnet sich ab, daß Cleavages einen "Lebenszyklus" durchlaufen, der sich in fünf Phasen gliedern läßt:

1. Den Ausgangspunkt bildet eine Situation, in der Disparitäten zwischen Sozialkategorien bestehen, ohne daß sie zu "politisierten Vergemeinschaftungen" und manifesten Konflikten geführt haben 27). Die Zusammengehörigkeit der Beteiligten mag von diesen "subjektiv gefühlt werden", ohne daß dies allein zu Interessenkollisionen führt 28).

2. Dem muß eine zweite "Definitionsphase" vorausgehen, in der die Disparitäten als Begünstigungen und Benachteiligungen wahrgenommen werden. Es setzt die "Vergesellschaftung" im Weberschen Sinne einer "rational motivierten Interessenverbindung" ein 29). In dieser Phase wird das Bündnis zwischen den "latenten Interessengruppen" und spezifischen Teileliten geschlossen 30). Vor allem Intellektuelle haben in ihr eine große Bedeutung, weil sie den sozialstrukturellen Disparitäten die "notwendige Sinnkomponente" unterlegen, die Sozialkategorien erst als Konfliktgruppen definiert 31).

3. In einer anschließenden Phase der "Organisationsbildung" entsteht dann das umfassende Gefüge von Vereinen und Verbänden, das für "politisierte Gemeinschaften" charakteristisch ist. Im Falle einer vollständigen Ausbildung konstituieren sie sich in selbstgenügsamer Abschließung als "sozialmoralische Milieus" 32). Am Ende der Phase der Organisationsbildung erreichen die "politisierten Gemeinschaften" ihre höchste Konfliktfähigkeit und Konfliktbereitschaft. Die Segmentierung der Bevölkerung hat ihre Entsprechung in der Fragmentation der Eliten, die mehr an der Aufrechterhaltung der Autonomie der Milieus als an ihrer Integration in die Gesamtgesellschaft interessiert sind.

4. In einer solchen Situation sind zwei Ausgänge möglich: eine konfliktuelle Lösung, in der - in einer ersten "zentrifugalen" Variante - Konfliktgruppen den Weg der Sezession suchen, wenn sie eindeutig auf territoriale Hochburgen konzentriert sind, oder - in einer zweiten Variante - eine hegemoniale Stellung anstreben, wenn sie auf der funktionalen Achse politischer Aggregation lokalisiert sind 33). Beide Varianten führen zu heftigen, typisch gewaltsamen Konflikten, die nicht im Rahmen repräsentativer Institutionen zu moderieren sind. In der

27) Franz Urban P a p p i, "Konsistenz und Wandel der Hauptspannungslinien in der Bundesrepublik", in: Joachim M a t t h e s (Hrsg.), Sozialer Wandel in Westeuropa. Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages (Frankfurt 1979), S. 470.

28) Max W e b e r, Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriß der verstehenden Soziologie (5. Aufl., Tübingen 1972), S. 21.

29) Ebd., S. 22.

30) A. S t i n c h c o m b e, Structure, S. 574.

31) F. U. P a p p i, Konsistenz, S. 465.

32) M. R. L e p s i u s, Parteiensystem.

33) A. L i j p h a r d t, Typologies.

“konkordanten” Lösung der Proporzdemokratie kommt es dagegen zu einem friedlichen Interessenausgleich. Die Bedingungen für diesen Ausgang wurden bereits genannt.

5. In einer letzten Phase vollzieht sich dann mit der Auflösung der Subkulturen ein Prozeß der “Desegmentation” der Konfliktstruktur. Dies kann durch den Anpassungsdruck einer hegemonialen Gemeinschaft, durch das Ausscheiden von Gemeinschaften infolge territorialer Sezessionen oder durch eine allmähliche Auflösung der politisierten Gemeinschaften infolge der Verlängerung von Integrationsprozessen auf der Elitenebene nach “unten” und/oder der Abschleifung soziokultureller Disparitäten bewirkt werden. Dennoch zeigen viele Forschungsergebnisse, daß Cleavages untergründig im politischen Verhalten fortwirken können, auch wenn die Disparitäten, an denen sie sich auskristallisiert haben, schon längst eingeebnet sind. Auch muß offen bleiben, ob Cleavages, die aus dem aktuellen Konfliktrepertoire ausscheiden, nicht lediglich in einen Latenzzustand übergehen. Die Repolitisierung der konfessionellen Spaltung im Deutschland des 19. Jahrhunderts nach einer fast 200-jährigen Latenz ist hierfür ein Beispiel ³⁴).

Diese Skizze eines idealen Verlaufs des “Lebenszyklus” von Cleavages soll veranschaulichen, daß die Cleavagestrukturen wie die Konstellationen von Elitenkonflikt und Elitenkonsens einem Wandel unterliegen können. Wir vermuten, daß die Veränderungen auf beiden Ebenen rückgekoppelt sind. Im Unterschied zu “elitistischen” Konzepten oder Ansätzen, die eine Determination der Elitenstruktur durch den sozioökonomischen “Unterbau” annehmen, gehen wir also von einer wechselseitigen Beziehung aus.

Eine Verbindung des Konzepts der “Spannungslinien”, wie es Lipset und Rokkan paradigmatisch formuliert haben, mit dem elitentheoretischen Ansatz der Konkordanzdemokratie liefert den Kernbestand der Variablen und Variablenbeziehungen für ein nicht rekursives und dynamisches Modell des Zusammenhangs zwischen Sozialsystem und Machtorganisation ³⁵). Wir unterscheiden danach vier Variablenkomplexe:

1. Die Cleavage-Struktur als ein dauerhaftes politisches Konfliktmuster, das in der Sozialstruktur verankert ist und in organisierten politischen Bewegungen - heute im Parteiensystem - seinen Ausdruck findet;

2. die Sozialstruktur der (politischen) Eliten, unter der wir das Aggregat der Relationen zwischen Regionen, Berufspositionen und Organisationen verstehen, das durch intra- und intergenerationale Mobilität, informelle Verkehrskreise, Übergänge im Verlauf politischer Karrieren und Mehrfachmitgliedschaften der Angehörigen von Führungsgruppen gebildet wird. Der Aspekt der strukturellen Integration von Eliten wird durch diesen Variablenkomplex erfaßt;

³⁴) Vgl. hierzu den Beitrag von Karl S c h m i t t in diesem Band.

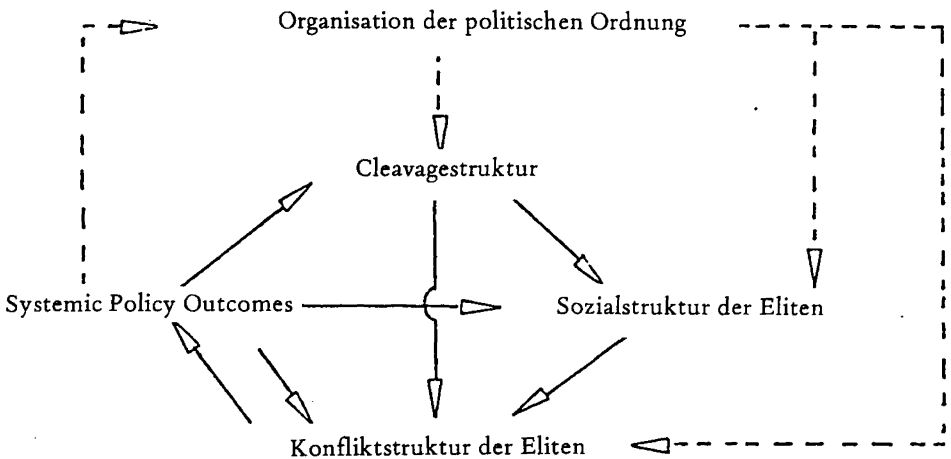
³⁵) Eine erste Fassung dieses Modells findet sich in Heinrich B e s t, “Recruitment, Careers and Legislative Behaviour of German Parliamentary Leadership Groups, 1848 - 1953”, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung, 23 (1982), S. 33 f.

3. die Konfliktstruktur politischer Eliten, unter der wir dauerhafte Verbindungen innerhalb der Führungsgruppe verstehen, die zur Durchsetzung von Aspirationen auf Machterwerb und/oder gemeinsamer politischer Ziele eingegangen werden. Die Konstellationen von Elitenkonflikt und Elitenkooperation in der Theorie der Konkordanzdemokratie sind diesem Variablenkomplex zuzuordnen;

4. politische Entscheidungen mit gesamtstaatlicher Bedeutung - in der Terminologie von Carl Beck "systemic policy outcomes" ³⁶⁾ - worunter wir Gesetze und Verträge von Verfassungsrang verstehen, die insbesondere die grundlegenden Fragen des Machtzugangs, des Machtwechsels und der Reichweite der Machtausübung von politischen Führungsgruppen betreffen. Diesem Variablenkomplex ist auch der Aspekt der Stabilität und Instabilität politischer Institutionen zuzuordnen.

Die bestehende Organisation der politischen Ordnung wird in das Modell als eine exogene Einflußgröße, als Kontext, eingeführt. In ihren sich wandelnden Elementen ist sie im Variablenkomplex der "systemic policy outcomes" präsent.

Untersuchungskategorien und Variablenbeziehungen für eine Analyse des Zusammenhangs zwischen Sozialsystem und Machtorganisation



Zwischen den vier Variablenkomplexen des Kernmodells werden die folgenden Arten von Beziehungen postuliert:

1. ein Einfluß der Cleavage-Struktur auf die Sozialstruktur politischer Führungsgruppen, der etwa in der Weise wirksam wurde, daß die "sozialmoralischen Milieus" Repräsentanten mit je charakteristischen Merkmalskonstellationen entsandten, ferner ein unmittelbarer Einfluß der Eigenschaften des Elektorats auf

36) Carl Beck, "Introduction", in: ders. et al., Comparative Communist Political Leadership (New York 1973).

das (Konflikt-) Verhalten der Akteure im politischen Entscheidungsprozeß, der in der Weise wirksam werden konnte, daß die Perzeption von Interessen und Erwartungen der Wähler über die Antizipation ihres Wahlverhaltens auf die Entscheidungen der Gewählten wirkte;

2. ein Einfluß der Sozialstruktur politischer Führungsgruppen auf ihre Konfliktstruktur - etwa durch erworbene Werthaltungen und Problemorientierungen; diese können aus Sozialisierungserfahrungen und/oder Interessenorientierungen der Mitglieder der politischen Elite herrühren;

3. eine Wirkung der Konfliktstruktur der Eliten auf die "systemic policy outcomes" - etwa in der Weise, daß die Koalitions- und (interne) Kompromißfähigkeit von parlamentarischen Führungsgruppen ihre Chance beeinflusst, in Konkurrenz mit anderen Teileliten Machtpositionen zu erwerben und zu festigen;

4. eine Rückwirkung der "systemic policy outcomes" auf die Konfliktstruktur der politischen Eliten - etwa durch die Festlegung von Zuständigkeiten oder die Institutionalisierung von Mechanismen der Konfliktvermeidung und Konfliktlösung; ferner eine Wirkung der "systemic policy outcomes" auf die Sozialstruktur politischer Eliten, teils unmittelbar durch Wahlrechtsbegrenzungen und Inkompatibilitätsbestimmungen, teils mittelbar durch Diätenregelungen; schließlich eine Wirkung auf die Cleavagestruktur, etwa durch die Gewährung oder Verweigerung politischer Artikulations- und Beteiligungsmöglichkeiten für oppositionelle Gesinnungsgemeinschaften, ethnische und kulturelle Minoritätengruppen.

In diesem Modell werden zwei sich kreuzende Untersuchungsdimensionen miteinander verbunden: Zum einen können wir Variablenkomplexe, die den sozio-politischen Kontext für das Handeln und die Rekrutierung politischer Führungsgruppen charakterisieren (Cleavagestruktur, systemic policy outcomes), von Attributen unterscheiden, die diese Führungsgruppen selbst auf der individuellen Ebene kennzeichnen (Sozialstruktur und Konfliktstruktur politischer Eliten). Zum anderen lassen sich die Variablenkomplexe danach unterscheiden, ob sie eher dem Politikbereich zuzurechnen sind (Konfliktstruktur der politischen Eliten, systemic policy outcomes) oder allgemein auf das Sozialsystem bezogen sind (Cleavagestruktur, Sozialstruktur der politischen Eliten). Damit läßt sich unser Untersuchungsansatz als zugleich mehr Ebenenanalytisch im Sinne einer Verbindung von Aggregat- und Individualebene und als systemübergreifend im Sinne einer Verschränkung von Gesellschafts- und Politikanalyse kennzeichnen.

Überführt man das Modell in ein Geflecht von Hypothesen, dann läßt sich folgende, hier sehr vereinfachte Argumentationsfigur konstruieren: Je tiefer in einer Gesellschaft die Spaltungen zwischen sozialkulturellen Gemeinschaften sind und je prägnanter sie sich in der Struktur der politischen Eliten ausprägen, desto geringer ist die Chance, daß sich innerhalb der Eliten ein hinreichender Konsens für die Etablierung und Erhaltung repräsentativer Institutionen und die Gewährung allgemeiner Staatsbürgerrechte bildet.

In den Beiträgen zu diesem Band werden alle hier abgegrenzten Ebenen, Bereiche und Variablenkomplexe behandelt, wenn auch überwiegend in Teilanalysen und noch nicht integriert in einem umfassenden Untersuchungsansatz. Um diesen weiteren Schritt zu tun, wird es erforderlich sein, die Datenbestände der verschiedenen Projekte miteinander zu verbinden³⁷⁾. Dies geschieht mittlerweile in einer interkulturell vergleichenden Untersuchung zur Sozialgeschichte des europäischen Parlamentarismus, an der Franco Andreucci (Universität Pisa), Valerie Cromwell (Universität Sussex) und der Autor beteiligt sind. In diesem Projekt werden Daten zur Sozialstruktur parlamentarischer Führungsgruppen und ihrem Abstimmungsverhalten mit Wahlkreisdaten verknüpft. Wahlkreise werden dabei in einem mehrebenenanalytischen Ansatz als handlungsrelevante Kontexte eingeführt, die das Verhalten der Abgeordneten beeinflussen - etwa unter dem Gesichtspunkt von Wiederwahlchancen; namentliche Abstimmungen liefern in den historischen, noch nicht durch Fraktionsdisziplin und dauernde Koalitionen rigide strukturierten Parlamenten Beobachtungswerte, die zugleich über grundlegende politische Orientierungen der Abgeordneten wie über ihre abstimmungstaktischen Kalküle Auskunft geben.

Auf der Arbeitstagung, die diesem Sammelband vorausging, wurden auch die praktischen, vor allem infrastrukturellen Voraussetzungen für eine Forschungs-kooperation auf diesen Feldern diskutiert. Dieser Aspekt wird in den folgenden Beiträgen weitgehend ausgeblendet, im Vordergrund steht die Darstellung und Deutung von Befunden. Daß die Ergebnisse in wichtigen Punkten konvergieren und, *cum grano salis*, eine Betrachtungsweise stützen, die den Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Spaltungen und politischen Konflikten in den Vordergrund stellt, sollte eine Ermutigung sein, dieses Paradigma der historisch-politischen Soziologie weiterzuerfolgen.

37) Heinrich B e s t, "A Comparative Analytical Data-Base for Research into Historical Parliamentary Leadership Groups", in: Jean-Philippe G e n e t (Hrsg.), *Standardisation et echange des bases de donnees historiques* (Paris 1988), S.258 - 263.